

8. Neue Bedrohungen? Wandel von Sicherheit und Sicherheitserwartungen

HANS-JÖRG ALBRECHT

8.1 EINLEITUNG

Mit dem Thema »Neue Bedrohungen? Wandel von Sicherheit und Sicherheitserwartungen« ist ein weites Feld für Forschungen umrissen, die zum Ausgangspunkt die Stellung der Sicherheit in modernen Gesellschaften haben. Sicherheit verweist gleichermaßen auf Risiko, Gefahr und Vertrauen, bezieht sich auf ein existentielles menschliches Bedürfnis¹ und bringt eine komplexe gesellschaftliche Leitidee zum Ausdruck,² die bereits in den 1970er und 1980er Jahren im Zusammenhang mit Untersuchungen zur Lebensqualität Gegenstand intensiver Untersuchungen war. Im Begriff der Sicherheit wird anerkannt, dass Sicherheit nicht gleichbedeutend ist mit dem vollständigen Ausbleiben des Verlustes an Rechtsgütern. Denn von Sicherheit ist ja vor allem dort die Rede, wo – wie beispielsweise im Straßenverkehr – ganz deutlich wird, dass Tod und Verletzung alltägliche Begleiterscheinungen riskanter Betätigungen (Nutzung von Kraftfahrzeugen) darstellen. Sicherheit und Sicherheitsgefühle stellen sich gleichwohl ein, wenn Vertrauen darauf besteht, dass sich Risiken wegen ihrer grundsätzlichen Beherrschbarkeit individuell nicht realisieren werden oder dass die Folgen der Realisierung von Risiken durch die staatlich verfasste Gesellschaft oder Einzelne bewältigt werden können.³ Dies führt zum

1 | Vgl. Maslow, Abraham H.: Motivation und Persönlichkeit. Olten: Walter 1977.

2 | Vgl. Kaufmann, Franz-Xaver: Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. 2. Aufl., Stuttgart: Enke 1973; Kaufmann, Franz-Xaver: »Normen und Institutionen als Mittel zur Bewältigung von Unsicherheit: Die Sicht der Soziologie«, in: Bayerische Rückversicherung (Hg.): Gesellschaft und Unsicherheit. Karlsruhe: Verlag Versicherungswirtschaft e.V. 1987, S. 37-48.

3 | Vgl. hierzu auch Untersuchungen zu effektivem Hilfeinsatz nach terroristischer Gewalt, Stein, Bradley/Tanielian, Terri/Eisenman, David P./Keyser, Donna/Burnam, M. Audrey/Pincus, Harold A.: »Emotional and Behavioral Consequences

Sicherheitsversprechen und zur Sicherungspflicht des Staates. Der Staat hat selbstverständlich die Aufgabe, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, aufrechtzuerhalten und zu verbessern, die für die Bürger physische, soziale und wirtschaftliche Sicherheit, Lebensqualität, Voraussehbarkeit und Planung erst ermöglichen. Die Diskurse der letzten Jahrzehnte lassen dabei erkennen, dass sich sowohl die Sichtweise der Bedrohungen von Sicherheit als auch die Sicherheitskonzepte und -begriffe verändern.

Grundlage der Sicherheit sind zunächst normative Strukturen und Institutionen, die verbindlich anzeigen, welche Sicherheit erwartet werden kann, wie Sicherheit geschaffen und wie die Realisierung von Risiken bewältigt wird. Vor allem wegen der deutlichen normativen Elementen wird zuweilen der Sicherheit als Funktionsbegriff deshalb Relevanz abgesprochen, weil es eine intersubjektiv nachvollziehbare Maßeinheit (für Sicherheit) nicht gebe.⁴ Eine abstrakte Festlegung der Sicherheit scheitert danach an der Abhängigkeit der Risikowahrnehmung und der Risikobereitschaft von persönlichen Faktoren. Die Inhalte des normativen Konzepts sind somit das Ergebnis eines permanenten gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses.⁵ Getrennt wird insoweit zwischen einer normativen Sicherheit und einer realen (empirischen) Sicherheit.⁶ In Untersuchungen zur Entwicklung von politischer Herrschaft in modernen Gesellschaften wird im Übrigen gerade der Bedrohung von Sicherheit, die in Kriminalitätsfurcht resultiert, eine besondere Rolle zugeordnet.⁷

8.2 NEUE BEDROHUNGEN?

Neue Bedrohungen lassen sich heute international aus institutionalisierten und jährlich oder ad hoc aufbereiteten Bedrohungsabschätzungen (threat assessments⁸) oder (periodischen) Sicherheitsberichten entnehmen.⁹ Das Interesse an Bedrohungsabschätzungen lässt auch erken-

of Bioterrorism. Planning a Public Health Response«, in: Milbank Quarterly 82 (2004), S. 413-455.

4 | Vgl. Jasch, Michael: »Strafrecht im Dilemma zwischen Sicherheit und Freiheit«, in: Kriminologisches Journal 39 (2007), S. 203-213, S. 204.

5 | Vgl. Jasch, »Strafrecht im Dilemma zwischen Sicherheit und Freiheit«, S. 205.

6 | Vgl. Jasch, »Strafrecht im Dilemma zwischen Sicherheit und Freiheit«, S. 206.

7 | Vgl. Lee, Murray: *Inventing Fear of Crime. Criminology and the Politics of Anxiety*. Portland: Willian 2007.

8 | Vgl. auch die Association of Threat Assessment Professionals, www.atap-worldwide.org vom 05. Mai 2009.

9 | Vgl. beispielsweise DEA/FBI/RCMP: Canada/US Organized Crime Threat Assessment 2006; Serious Organised Crime Agency: The United Kingdom Serious Organised Crime Threat Assessment 2006/2007. London 2008; 2. Periodischer Sicherheitsbericht. Berlin 2006; Europol: *High Tech Crimes Within the EU: Old Crimes, New Tools. Threat Assessment 2007*. Den Haag 2008.

nen, dass die konventionellen Feststellungen zur Sicherheitslage, die aus Kriminalstatistiken und Lageberichten der Polizei und der Verfassungsschutzämter resultieren und Bewertungen zurückliegender Ereignisse enthalten, nicht mehr als ausreichend angesehen werden.¹⁰ Sie werden ergänzt um Prognosen und Erwartungen zur Entwicklung der Kriminalität, des Terrorismus und einzelner Phänomene (Stalking, Amokläufe, erweiterte Suizide), die das Risiko extremer Gewalt beinhalten. Hiermit rücken das Vorfeld von Gefahren in den Vordergrund sowie die Bedingungen, unter denen sich Bedrohungen verwirklichen können. Gerade im Bereich der Terrorismusbekämpfung gilt die Aufmerksamkeit zunehmend der Entwicklung von »Frühwarnsystemen«,¹¹ die sich verschiedenen Phänomenen, so beispielsweise der Untersuchung von Radikalisierungsprozessen, widmen.¹²

Daneben entstehen seit etwa 25 Jahren national und internationale Systeme zur Beobachtung von Sicherheit, die auf wiederholten Bevölkerungsbefragungen basieren und insbesondere die Wahrnehmung von Sicherheit, Sicherheitsgefühlen und Erwartungen an die Sicherheitspolitik zum Gegenstand haben.¹³

Der Fokus der angesprochenen Bedrohungseinschätzungen ist im Kern auf Phänomene der transnationalen organisierten Kriminalität sowie des nationalen und internationalen Terrorismus ausgerichtet. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um so genannte Transaktionskriminalität

10 | Vgl. House of Lords: Europol. Coordinating the Fight against Serious and Organised Crime. Report with Evidence. London: The Stationery Office 12. November 2008.

11 | Vgl. Smith, Brent: »A Look at Terrorist Behavior. How they Prepare, Where They Strike«, in: NIJ Journal 2008, Issue 260, S. 2-6; vgl. hierzu auch die Entscheidung der Europäischen Kommission, ein »Early Warning System« mit Daten über Personen einzuführen, die eine Bedrohung der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaft repräsentieren, EWS C (2004) 193/3; zu damit zusammenhängenden Datenschutzproblemen vgl. Letter from the European Ombudsman Opening Own-Initiative Inquiry OI/3/2008/FOR Concerning the European Commission, Strasbourg, 29. Oktober 2008.

12 | Vgl. Jenkins, Brian M.: Building an Army of Believers. Jihadist Radicalization and Recruitment. Washington: RAND 2007; Jenkins, Brian M.: Defining the Role of a National Commission on the Prevention of Violent Radicalization and Homegrown Terrorism. Testimony Presented Before the House Committee on Homeland Security, Subcommittee on Intelligence, Information Sharing, and Terrorism Risk Assessment. Washington: RAND 2007; zu Parallelen vgl. Farrington, David P.: »Early Identification and Preventive Intervention. How Effective is this Strategy?«, in: Criminology and Public Policy 4 (2005), S. 237-248.

13 | Vgl. van Dijk, Jan/van Kesteren, John/Smit, Paul: Criminal Victimization in International Perspective. Key Findings from the 2004-2005 ICVS and EU ICS. Den Haag 2007, S. 127ff.; Zaubermann, Renée: Surveys on Victimization and Insecurity in Europe. Guyancourt: CRIMPRESS 2008.

und Schwarzmärkte, in denen illegale Dienstleistungen und illegale Güter gehandelt werden. Neben Drogen- und Menschenhandel geht es hier um den Handel mit Waffen, gefährlichen Abfällen oder (in seltenen Fällen) nuklearen Substanzen. Ferner erstrecken sich die Gefährdungsanalysen nach wie vor auf schwere Eigentums- und Vermögensdelikte. Gemeinsam ist diesen Bedrohungen, dass sich ihr Gefahrenpotenzial weniger aus unmittelbaren Konsequenzen für individuelle Opfer ergibt, sondern aus der in effektiven Netzwerken oder Organisationen enthaltenen Beständigkeit und Nachhaltigkeit sowie aus destabilisierenden und desintegrierenden Auswirkungen auf Gesellschaft und staatliche Institutionen.

Erwartungsgemäß werden die Bedrohungsabschätzungen weitgehend von Institutionen erstellt oder veranlasst, die auch für die Abwehr der Bedrohungen zuständig sind. Polizei und Geheimdienste bündeln ihre Kapazitäten zur Informationssammlung und -analyse in Anti-Terror-Zentren,¹⁴ von denen eine verbesserte Gefahrenabwehr erwartet wird. Vor allem in Europa werden neue Bedrohungen in den Zusammenhang des Wegfalls der Grenzkontrollen gestellt. Sie spiegeln somit auch wahrgenommene Veränderungen in den Voraussetzungen einer effektiven Kontrolle von Kriminalität wider.

Der Kern der neuen Bedrohungen kann somit auf verschiedenen Ebenen eingeordnet werden. Neue Bedrohungen werden wahrgenommen in

- grenzüberschreitenden, transnationalen Aktivitäten und Gefahrenquellen;
- kriminellen Netzwerken und Organisationen;
- extremer Gewalt mit extremen Folgen.

Neue Bedrohungen ergeben sich dann aus Veränderungen in den Bedingungen sozialer Kontrolle:

- zunehmende Heterogenität von Gesellschaften;
- Schwächung von sozialen Bindungen;
- Verlust an informeller Sozialkontrolle.

Mit diesen Veränderungen sind langfristig wirksame Prozesse vor allem in Form der sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte angesprochen. Diese haben vor allem in den Städten zu Gettoisierungssphänomenen und zu »sozialen Brennpunkten« geführt, die erhebliche soziale Desintegration, Marginalisierungsprozesse und den Verlust informeller Sozialkontrolle durch Familie und Nachbarschaft anzeigen.

14 | Vgl. das englische Joint Terrorism Analysis Centre (JTAC), errichtet 2003, die amerikanische Homeland Security Kommission oder das deutsche Anti-Terror-Zentrum in Berlin.

Neue Bedrohungen sind schließlich enthalten in vermuteten, langfristigen Konsequenzen, die abgebildet werden als

- Destabilisierung von Staaten und staatlichen Institutionen;
- Destabilisierung der Wirtschaft und Wettbewerbsverzerrungen;
- Destabilisierung von Gesellschaften durch die Auslösung und Intensivierung von Konflikten.

8.3 DER WANDEL DES SICHERHEITSBEGRIFFS

Im Hinblick auf den Sicherheitsbegriff werden Verengungen und Verschiebungen deutlich. Zunächst geht es um eine bereits seit langem vollzogene Verschiebung weg von einem umfassenden Konzept der sozialen Sicherheit hin zur öffentlichen Sicherheit. Schließlich bewegt sich die öffentliche Sicherheit hin zu einer inneren Sicherheit, in der nicht mehr die Unverletzlichkeit der öffentlichen Rechtsordnung, die Abwehr von konkreten Gefahren und die Verfolgung von ebenso konkretem Tatverdacht im Zentrum stehen,¹⁵ sondern die Abwendung von Sicherheitsrisiken bereits im Vorfeld konkreter Gefahren und eines konkreten Tatverdachts. Zeichen dafür sind die Debatten um Vorfeldtatbestände im Bereich des Terrorismus wie die Anwesenheit in einem Terroristenausbildungscamp, Ansätze zur langfristigen Überwachung und Inhaftierung von als gefährlich eingeschätzten Personen, in Deutschland sicher auch die Erweiterung der Sicherungsverwahrung.¹⁶ Die neuen Bedrohungen konzentrieren sich sehr stark auf den konventionellen Bereich der inneren Sicherheit, nämlich auf Kriminalität (und hier die organisierte Kriminalität und die Gewalt). Fragen der sozialen, technischen oder wirtschaftlichen Sicherheit rücken an den Rand. Um Erweiterungen der Sicherheit geht es dann, wenn Abhängigkeiten der inneren Sicherheit von der Sicherheit in anderen Ländern thematisiert werden. Nicht umsonst wird im 2. Periodischen Sicherheitsbericht auf Bemühungen Deutschlands verwiesen, die innere Sicherheit Deutschlands durch die Stabilisierung rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen in anderen Ländern zu erhöhen.¹⁷ Ein Zusammenhang zwischen Sicherheit und dem Grad an Gewährleistung der Menschenrechte wird international angenommen. Achtung der Menschenrechte ist offensichtlich mit weniger Risiken für Bedrohungen der Sicherheit im Sinne aggressiver Akte verbunden. Insofern überrascht nicht, wenn eine internationale Politik der Stärkung der

15 | Vgl. Krauß, Detlef: »Menschenrechte zwischen Freiheit und Sicherheit«, in: Sessar, Klaus (Hg.): Herrschaft und Verbrechen. Kontrolle der Gesellschaft durch Kriminalisierung und Exklusion. Berlin: LITVerlag 2008, S. 49-69, S. 55.

16 | Zusammenfassend Kinzig, Jörg: Die Legalbewährung gefährlicher Rückfalltäter. Freiburg: Duncker und Humboldt 2008.

17 | 2. Periodischer Sicherheitsbericht. Berlin 2006, S. 17.

Menschenrechte als Grundbedingung für Sicherheit betrachtet wird.¹⁸ Hieraus folgt auch eine, jedenfalls teilweise, Aufhebung der Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit, die sichtbar wird in der Übernahme polizeilicher Funktionen durch militärische Einheiten in Krisengebieten wie etwa dem Kosovo und der Begründung internationaler (humanitärer) Interventionen mit Überlegungen der (inneren) Sicherheit.¹⁹ Sicherheitsdebatten sind dort, wo staatliche Autorität nur schwach oder ganz zerfallen ist, durch ein erhebliches Vertrauen in den »Leviathan« geprägt.²⁰ Demgegenüber betont die Diskussion in sicherheitspolitisch aufgerüsteten Staaten Zielkonflikte zwischen Grund- und Menschenrechten einerseits sowie sicherheitspolitischen Maßnahmen andererseits.²¹

Die Erfassung von Sicherheit ist mit methodischen und theoretischen Problemen verbunden. Diese Probleme entstehen als Konsequenz unterschiedlicher Interpretationsmöglichkeiten von sicherheitsbezogenen Daten. Insoweit gilt als Ausgangspunkt immer noch der Hinweis der amerikanischen President's Commission on Law Enforcement and Administration of Justice aus dem Jahr 1967,²² dass es schon immer zuviel Kriminalität gegeben habe (und dass es deshalb – so lässt sich fortfahren – [trotz der Durkheim'schen These der »Normalität der Kriminalität«] auch immer zuviel Kriminalität geben wird). Die unterschiedlichen Interpretationsmöglichkeiten zeigen sich beispielhaft in den Ausführungen des 2. Periodischen Sicherheitsberichts, in dem immer wieder darauf verwiesen wird, dass es sich bei Schwerkriminalität um seltene Ereignisse handle (was ja nicht ausschließt, dass dies die Sicherheit berührt), dass deren Anteil an der Gesamtkriminalität geringfügig sei und dass im Übrigen gerade bei schwerer Gewalt (entgegen der öffentlichen und veröffentlichten Meinung) kein Anstieg, sondern teilweise sogar eine Abnahme beobachtet werden könne. Andererseits wird im 2. Periodischen Sicherheitsbericht betont, dass die »dramatischste Veränderung« (der Sicherheitslage),

18 | Vgl. Burke-White, William W.: »Human Rights and National Security: The Strategic Correlation«, in: Harvard Human Rights Journal 17 (2004), S. 249-280.

19 | Vgl. beispielsweise die Sicherheitsratsresolution 1590 vom 24. März 2005 zur Situation im Sudan und in Darfour.

20 | Vgl. Braithwaite, Valerie/Levi, Margaret (Hg.): Trust and Governance. New York: Sage 1998; Hondrich, Karl Otto: Wieder Krieg. Frankfurt: Suhrkamp 2002, S. 17; Schwandner-Sievers, Stephanie: »Humiliation and Reconciliation in Northern Albania. The Logics of Feuding in Symbolic and Diachronic Perspectives«, in: Elwert, Georg/Feuchtwang, Stephan/Neubert, Dieter (Hg.): Dynamics of Violence. Processes of Escalation and De-Escalation in Violent Group Conflicts. Berlin: Duncker und Humboldt 1999, S. 133-152, S. 152.

21 | Vgl. Rebehn, Sven: »Das Grundrecht auf Sicherheit – ein politischer Trojaner. Gastkommentar«, in: Deutsche Richterzeitung 86 (2008), S. 247.

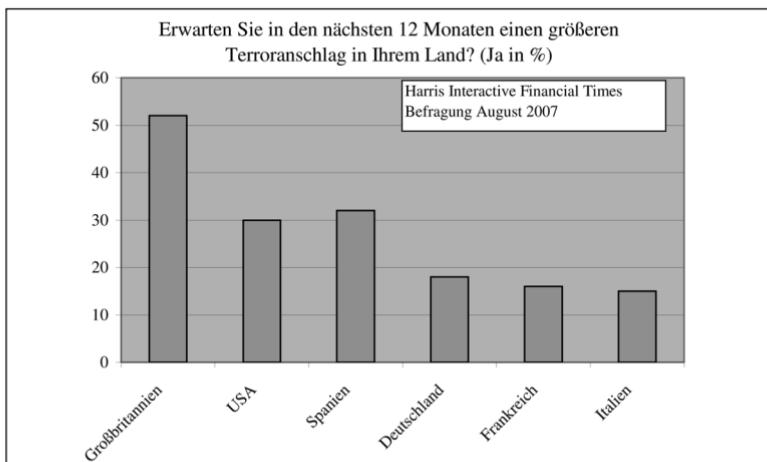
22 | Vgl. Katzenbach, Nicholas: The Challenge of Crime in a Free Society. A Report by the President's Commission on Law Enforcement and Administration of Justice. Washington: US Government 1967, S. 22.

die Bedrohung durch den internationalen islamistischen Terrorismus (gemessen am Abstellen zweier funktionsunfähiger Kofferbomben in Bahnhöfen im Jahr 2006), ein (extrem) seltenes Ereignis darstelle.²³

Jedoch besteht kein Konsens darüber, welches Bedrohungspotenzial in veränderten und neuen Kriminalitätsformen enthalten ist und ob und wie sich dadurch die Sicherheitslage verändert. Ein wesentlicher Grund für fehlenden Konsens liegt sicher darin, dass es bis heute nicht gelungen ist, einen überzeugenden Maßstab für die objektive Sicherheit zu entwickeln. Dies mag daran liegen, dass die Nachfrage nach Sicherheit – wie Hassemer einmal ausgeführt hat – grundsätzlich unerschöpflich ist und nie vollständig befriedigt werden kann. Angesprochen ist diese Offenheit auch im Paradox, dass sich mit zunehmender Sicherheit das subjektive Sicherheitsbedürfnis erhöht.²⁴ Das Problem vergrößert sich andererseits schon deshalb, weil sich die neuen Bedrohungen dem konventionellen Interpretationszugang sperren. Denn Risiken und Gefahren verweisen auf Prognosen, die von verschiedenen, in der Regel umstrittenen Voraussetzungen abhängen. Besondere Probleme stellen sich bei »Low Probability/High Impact«-Ereignissen.

Ein gutes Beispiel ist in einer neueren Umfrage von Harris Interactive für die Financial Times (August 2007) enthalten.

Abbildung 9



23 | 2. Periodischer Sicherheitsbericht. Berlin 2006, S. 25; in der Längsschnitt-erfassung der »Ängste der Deutschen« durch die R + V Versicherung (www.ruv.de) fällt allerdings der internationale Terrorismus im Zeitraum 1991 bis 2008 nur zwei Mal unter die sieben größten Ängste (2003 und 2007); Kriminalität taucht zwischen 1991 und 1997 unter den sieben größten Ängsten auf, danach nicht mehr. Im Vordergrund stehen nach 1997 wirtschaftlich und sozial begründete Ängste.

24 | Vgl. Kaufmann, »Normen und Institutionen als Mittel zur Bewältigung von Unsicherheit«, S. 38; Euler-Cook, Schura: »Verbrechensvorbeugung in Städten. Kulturvergleichende Reflexionen«, in: Kriminalistik 46 (1992), S. 563-568.

Im August 2007 erwarteten mehr als die Hälfte der in Großbritannien Befragten einen größeren Terroranschlag in den kommenden zwölf Monaten. In Italien waren dies 15 %. In keinem der sechs in die Befragung einbezogenen Länder ist es zwischen August 2007 und Juli 2008 zu einem größeren Terroranschlag gekommen. Deutlich wird in dieser Befragung im Übrigen auch, dass sich auf Sicherheit bezogene Erwartungen (in diesem Fall der Erwartung eines Terroranschlags leicht nachvollziehbar) an ethnische oder religiöse Differenzierungen anknüpfen lassen, Differenzierungen, die sich ferner in religiös oder ethnisch begründeten und auf Risikoidentifizierung ausgerichteten Profilbildungen (Rasterfahndung) wiederfinden.²⁵ Zwischen 20 und 40 % der Befragten gehen in den erfassten Ländern davon aus, dass die im Land lebenden Muslime eine Bedrohung für die Sicherheit darstellen. Hierin ist erhebliches Konfliktpotenzial enthalten, mit dem deutlich wird, dass Sicherheitspolitik auch ungewollte Folgen, nämlich eine Verschlechterung der Sicherheitslage, in Rechnung zu stellen hat.

Ferner liegt das Gefahrenpotenzial, wie weiter oben ausgeführt wurde, jedenfalls nicht allein, in den unmittelbaren Folgen, sondern vielmehr in eher langfristigen Auswirkungen auf die soziale Stabilität.

Im zweiten periodischen Sicherheitsbericht wird Deutschland als eines der sichersten Länder der Welt eingestuft. Dies kann man, wenn vergleichende Maßstäbe angelegt werden, und wenn auf Kriminalitätsdaten aus offiziellen Erfassungen sowie aus Viktimisierungsbefragungen zurückgriffen wird, tatsächlich so sehen. Allerdings deckt sich dies nicht mit der Einschätzung der Bevölkerung, wenn auf die Daten des European Crime Survey 2005 zurückgegriffen wird. Die Viktimisierungsrate ist eben durchschnittlich, die Kriminalitätsfurcht aber deutlich stärker ausgeprägt.

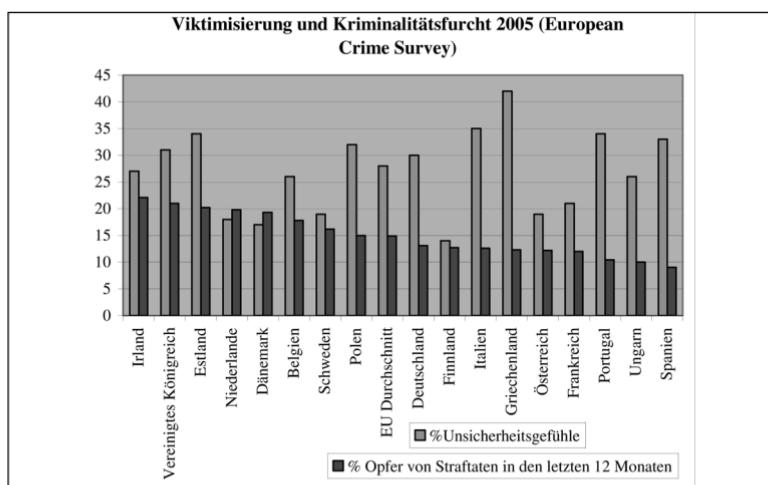
8.4 DISKREPANZEN ZWISCHEN OBJEKTIVER UND EMPFUNDENER (SUBJEKTIVER) SICHERHEIT

Die Kluft zwischen auf unterschiedliche Art und Weise gemessener (objektiver) Sicherheitslage und Sicherheitsgefühlen kann sehr groß ausfallen. Dies ergibt sich aus dem oben stehenden Schaubild im Vergleich von 17 europäischen Ländern. Die höchsten Ausprägungen von Kriminalitätsfurcht finden sich gerade in den Ländern mit den niedrigsten Viktimisierungsquoten. Im Übrigen variiert das kriminalitätsbezogene Sicherheits- bzw. Unsicherheitsgefühl erheblich, wie Längsschnittdaten zu Unsicherheitsgefühlen zeigen. Das Auseinanderfallen zwischen objektiver Sicherheitslage und Sicherheitsgefühlen wird seit geraumer Zeit

25 | Zusammenfassend Pehl, Dirk: Die Implementation der Rasterfahndung. Eine empirische Untersuchung zur Anwendung, Umsetzung und Wirkung der gesetzlichen Regelungen zur operativen Informationserhebung durch Rasterfahndung. Freiburg: Duncker und Humboldt 2008.

beschrieben,²⁶ teils auch als Paradox bezeichnet. Denn offensichtlich sind Unsicherheitsgefühle in solchen Gruppen deutlicher ausgeprägt, die ein relativ niedriges Viktimisierungsrisiko aufweisen. Alte Menschen und Frauen werden in der Forschung als besonders anfällig für Unsicherheit herausgehoben, obwohl sie gerade im Hinblick auf Gewalt ein erheblich geringeres Risiko tragen als junge Männer.²⁷ Schon aus den ersten Opferbefragungen wurde dann bekannt, dass Befragte dazu tendieren, für die jeweilige Stadt oder das Land insgesamt einen Kriminalitätsanstieg wahrzunehmen, während für die eigene Wohngegend von einer stabilen Kriminalitätsentwicklung ausgegangen wird.²⁸ Dass Risikowahrnehmungen (und damit zusammenhängende Unsicherheitsgefühle) mitunter zu (im Hinblick auf die objektive Sicherheit) fatalen Entscheidungen führen können, zeigt nicht zuletzt nach dem Terroranschlag des 11.9. die massenweise Flucht aus dem Transportmittel des Flugzeugs in den Straßenverkehr.²⁹ Diese Verlagerung hat in den USA, so wird begründet geschätzt, zu etwa 1600 zusätzlichen Toten im Straßenverkehr geführt.

Abbildung 10



26 | Duffy, Bobby/Wake, Rhonda/Burrows, Tamara/Bremner, Pamela: »Closing the Gaps. Crime and Public Perceptions«, in: International Review of Law, Computers & Technology 22 (2008), S. 17-44.

27 | Vgl. Krug, Etienne G./Dahlberg, Linda L./Mercy, James A./Zwi, Anthony B./Lozano, Rafael: World Report on Violence and Health. Geneva: World Health Organization 2002, S. 10.

28 | Vgl. Stephan, Egon: Die Stuttgarter Opferbefragung. Wiesbaden: BKA 1976, S. 125ff.

29 | Vgl. Gigerenzer, Gerd: »Out of the Frying Pan into the Fire. Behavioral Reactions to Terrorist Attacks«, in: Risk Analysis 26 (2006), S. 347-351.

Die Untersuchungen zu Sicherheitserwartungen auf der Grundlage von Bevölkerungsbefragungen differenzieren zunächst zwischen sozialen und personalen Einstellungen zu Kriminalität, Strafrecht und Strafjustiz. Dabei geht es um Einstellungen zur Kriminalität als soziales Problem, Meinungen zu strafrechtlichen Sanktionen und Einstellungen zu Strafzwecken und kriminalpolitischen Zielsetzungen und Trends. Die personale Dimension erfasst die individuelle Betroffenheit durch Kriminalität und wird seit langer Zeit in affektive, kognitive und verhaltensorientierte Elemente unterteilt. Das affektive Element wird als Kriminalitätsfurcht interpretiert und wird in »Opferbefragungen« in der Regel mit der Frage erfasst, ob eine Person nach Einbruch der Dunkelheit das Haus oder die Wohnung verlassen würde. Die kognitive Dimension bezieht sich auf die Wahrnehmung bzw. Einschätzung des Risikos, in der Zukunft Opfer bestimmter Straftaten zu werden. Schließlich geht es bei dem verhaltensorientierten Element um Anpassungen des Verhaltens, also darum, ob Sicherungsanlagen erworben und eingebaut worden sind, bestimmte Orte gemieden werden oder Selbstverteidigungsmittel, insbesondere auch Waffen, zur Verfügung stehen und mitgeführt werden.³⁰ In den letzten Jahren wird der Versuch unternommen, die expressive Dimension der Kriminalitätsfurcht zu trennen von dem Ausmaß an Erfahrungen mit Kriminalitätsfurcht in bestimmten Situationen.³¹ Zu denken ist dabei auch an den Wohnsitzwechsel,³² der bei solchen Viktimisierungen, deren Kern in der Bedrohung liegt (zum Beispiel bei Stalking), besonders hervorgehoben wird.³³

Sicherheitserwartungen lassen sich allerdings nicht nur auf individueller Ebene abbilden. Sicherheitserwartungen werden in den Medien, im politischen System, in der Wirtschaft, in Systemen der sozialen Infrastruktur und nicht zuletzt in Sicherheitsbehörden selbst ebenfalls ausgebildet. Sicherheitserwartungen können damit auch Teil einer »Kultur der Kontrolle«³⁴ werden, die sich in Präventionspartnerschaften (kommunale Kriminalitätsprävention, Community Policing, Neighbourhood Watch, Si-

30 | Vgl. Hirtenlehner, Helmut: »Kriminalitätsfurcht – Ausdruck generalisierter Ängste und schwindender Gewissheiten? Untersuchung zur empirischen Bewährung der Generalisierungsthese in einer österreichischen Kommune«, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 58 (2006), S. 307-331, S. 309.

31 | Vgl. Farrall, Stephen/Gray, Emily/Jackson, Jonathan: Combining the New and Old Measures of the Fear of Crime. Exploring the ‚Worried-Well‘. Experience & Expression in the Fear of Crime. Working Paper No. 4, 2006.

32 | Vgl. Xie, Min/McDowall, David: »Escaping Crime. The Effects of Direct and Indirect Victimization on Moving«, in: Criminology 46 (2008), S. 809-840.

33 | Vgl. Albrecht, Hans-Jörg: »Stalking. Wissenschaftliche Perspektiven«, in: Weiß, Andrea (Hg.): Stalking und häusliche Gewalt. Interdisziplinäre Aspekte und Interventionsmöglichkeiten. Freiburg: Lambertus 2005, S. 12-38.

34 | Vgl. Garland, David: The Culture of Control. Crime and Social Order in Contemporary Society. New York: Oxford University Press 2001, S. 139ff.

cherheitsindustrie) ebenso äußert wie in der Ausbildung eines gemeinsamen Kriminalitätsbewusstseins und hierauf bezogener Überzeugungen (darüber, wie Sicherheit hergestellt werden sollte).

8.5 WARUM ENTWICKELN SICH OBJEKTIVE SICHERHEITSLAGEN UND SICHERHEITSGEFÜHLE AUSEINANDER?

Zur Erklärung des Auseinanderklaffens von objektiver Sicherheitslage und der wahrgenommenen und empfundenen Sicherheit sind verschiedene Ansätze entwickelt worden.³⁵ Besonders plausibel erschien zunächst die Überlegung, dass soziale und personale Einstellungen entscheidend durch die Erfahrung der Victimisierung beeinflusst werden. Jedoch werden in empirischen Untersuchungen lediglich schwache Zusammenhänge beobachtet (anderes gilt für die allerdings recht kleine Gruppe von Opfern schwerer Gewalt,³⁶) die die Annahme als weitgehend unbegründet erscheinen lassen.³⁷ Ebenso plausibel wirkt dann zunächst die Annahme, dass die Medien einen erheblichen Einfluss auf verschiedene Komponenten sozialer und personaler Sicherheitseinstellungen ausüben. Denn das Auseinanderklaffen von objektiver und subjektiver Sicherheitslage, so wird angenommen, dürfte ganz wesentlich auf Informationen und Eindrücke zurückgehen, die nur durch Medien vermittelt sein können (da, wenn man von der Alltagskommunikation absieht, andere Informationsquellen nicht existieren). Auch für diese Hypothese gilt, dass empirische Nachweise, die über den Effekt des Agenda Setting und eines Verstärkers hinausgehen, bislang fehlen.³⁸ Besser unterstützt ist die Überlegung, dass insbesondere die Kriminalitätsfurcht mit der Wahrnehmung des Wohnumfelds korreliert. Unterlegt ist diese Annahme mit einer Theorie der Desintegration (auch enthalten in der »Broken-Windows-Theorie«), nach der sichtbare Zeichen des Zerfalls von sozialer Ordnung und vor allem das darauf beruhende negative Erleben des Wohnumfelds auch

35 | Vgl. Jackson, Jonathan/Farrall, Stephen/Hough, Mike/Bradford, Ben: Public Insecurities About Crime: A Review of the British Research Literature. November 2008, <http://ssrn.com/abstract=1303610>, S. 8f.

36 | Vgl. Richter, Harald: Opfer krimineller Gewalttaten. Individuelle Folgen und ihre Verarbeitung. Mainz: Weisser Ring 1997.

37 | Vgl. Unnever, James D./Cullen, Francis T./Fisher, Bonnie S.: »A Liberal Is Someone Who Has Not Been Mugged: Criminal Victimization and Political Beliefs«, in: Justice Quarterly 24 (2007), S. 309-334.

38 | Vgl. Kafatou-Haeusermann, Maria: The Media-Crime Nexus Revisited: On the Re-Construction of Crime and Law-and-Order in Crime-Appeal Programming. Berlin: Max-Planck 2007, S. 23ff.; Reuband, Karl-Heinz: »Kriminalität als Thema ostdeutscher Massenmedien vor und nach der Wende. Eine Analyse Dresdner Tageszeitungen 1988-1994«, in: Kriminologisches Journal 32 (2000), S. 43-55.

die Kriminalitätsfurcht antreiben.³⁹ Die Generalisierungsthese zu kriminalitätsbezogenen Unsicherheitsgefühlen sieht Verbrechensfurcht als konfundiert mit allgemeinen Lebensängsten,⁴⁰ die sich vor allem aus der Wahrnehmung einer unsicheren Zukunft und undurchschaubaren Wirkungszusammenhängen, und damit typischen Erscheinungen von Gesellschaften, die durch schnelle und tiefgreifende Veränderungen der Wirtschaft und sozialer Integration geprägt sind, ergeben. Die Entstehung des Zusammenhangs wird erklärt durch einen – dem aus anomischen Zuständen folgenden Stress oder den Auslösern psychischer Angstabwehrmechanismen durchaus vergleichbaren – Druck, die den Einzelnen umtreibenden Zukunftsängste bewältigen zu müssen. Dies wird nach der Generalisierungshypothese dadurch ermöglicht, dass die diffusen Ängste auf Themen ausgerichtet werden, über die gesprochen werden kann, für die Verantwortliche benannt werden können und die durch Verhaltensanpassungen (oder Coping) und Erwartungsveränderungen bewältigbar erscheinen. Moderierend tritt dann die Copingkapazität bzw. die wahrgenommene Fähigkeit dazu, mit den furchtauslösenden Umständen und dem Eintritt von Gefahren entweder allein oder mit Unterstützung staatlicher Institutionen umgehen zu können.⁴¹

Gemeinsam ist den theoretischen Überlegungen allesamt, dass sie nicht auf Zusammenhänge mit der objektiven Sicherheitslage oder auf unmittelbare (oder auch mittelbare) Erfahrungen mit Kriminalität verweisen. Die empirisch begründeten Annahmen verweisen auf die Notwendigkeit einer Einbettung von Unsicherheitsgefühlen und Sicherheitserwartungen in ein allgemeines und sozial ausgerichtetes Sicherheitskonzept.

Ein Auseinanderklaffen zwischen Sicherheitslagen und Sicherheitserwartungen lässt sich im Übrigen noch aus einer weiteren Perspektive feststellen. Die objektive Sicherheitslage wird heute nämlich weitgehend an Hand von Phänomenen beurteilt, die in empirischen Untersuchungen zu Sicherheitserwartungen oder Sicherheitsgefühlen bislang keine Rolle spielen. Phänomene der organisierten Kriminalität werden, da typische

39 | Vgl. Skogan, Wesley: *Disorder and Decline. Crime and the Spiral of Decay in American Neighborhoods*. Berkeley, Los Angeles: Free. Pr. 1992; Arnold, Harald: »Kriminalität, Visktimisierung, (Un-)Sicherheitsgefühl und Wohnzufriedenheit«, in: Kaiser, Günther (Hg.): *Kriminologische Forschung in den 90er Jahren*. Freiburg: Max-Planck 1993, S. 1-34; Boers, Klaus: »Furcht vor Gewaltkriminalität«, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden: Westdt. Verlag 2002, S. 1399-1422; Lüdemann, Christian: »Kriminalitätsfurcht im urbanen Raum. Eine Mehrebenenanalyse zu individuellen und sozialräumlichen Determinanten verschiedener Dimensionen von Kriminalitätsfurcht«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58 (2006), S. 285-306.

40 | Vgl. Hirtenlehner, »Kriminalitätsfurcht«, S. 307ff.

41 | Vgl. Boers, Klaus: *Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems*. Pfaffenweiler: Centaurus 1991.

Arten von Transaktionskriminalität wie Drogen- und Menschenhandel, Organisation von Prostitution und Glücksspiel, Korruption und Geldwäsche betroffen sind, durch die auf konventionelle Kriminalität ausgerichtete Befragungsforschung zu Sicherheitserwartungen nicht erfasst.

An dieser Stelle lassen sich auch der Umgang mit und die Einstellungen zu Sicherheitspolitik und insbesondere Sicherheitstechnik sowie Präventionsansätzen einordnen. Die mit der weiter oben beschriebenen Verengung der Sicherheit auf innere Sicherheit verbundene Früherkennung von Risiken bietet sich als Instrument der Bewältigung von Gefahren an. So mag dann die beispielsweise im Zusammenhang mit Untersuchungen zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum festgestellte weitgehende Zustimmung der Öffentlichkeit erklärt werden.⁴² Es bedarf hier keines Nachweises dafür, dass die Videoüberwachung tatsächlich die Sicherheit verbessert, ein Nachweis, der schwer zu führen ist und bislang (Ausnahme: öffentliche Parkgaragen) auch nicht geführt worden ist.⁴³ Vor allem biometrische Sicherheitstechnologien und DNA-Tests bzw. DNA-Datenbanken bringen schließlich das Versprechen unfehlbarer Präzision mit sich.⁴⁴

8.6 WAS IST DIE KONSEQUENZ DES AUSEINANDERFALLENS VON SICHERHEITS LAGE UND SICHERHEITS GEFÜHLEN?

Das Auseinanderfallen von objektiver Sicherheit und Sicherheitserwartungen führt zu einer größeren Komplexität, die auch erhöhte Ansprüche an die methodischen und theoretischen Grundlagen der Sicherheitsforschung mit sich bringt. Sicherheitserwartungen sind aber in ihren verschiedenen Ausprägungen wohl kaum allein durch eng gefasste und auf die innere Sicherheit konzentrierte sicherheitspolitische Maßnahmen zu beeinflussen. Wenn die Sicherheitserwartungen im Grunde durch allgemeine Ängste bedingt sind, die sich aus rapiden wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen ergeben, dann dürften stabilisierende Maßnahmen im sozialen, wirtschaftlichen und Ausbildungsbereich aussichtsreichere Ansätze darstellen als eine allein an der objektiven Sicherheit oder den subjektiven Sicherheitserwartungen orientierte Politik. Das erinnert selbstverständlich an die Formel, dass die beste Kriminalpolitik (oder Si-

42 | Vgl. Hempel, Leon/Töpfer, Eric: CCTV in Europe. Final Report. Berlin 2004, S. 42ff.; Chen-Yu, Lin: Öffentliche Videoüberwachung in den USA, Großbritannien und Deutschland. Ein Drei-Länder-Vergleich. Göttingen 2006, S. 106ff.

43 | Vgl. Welsh, Brandon C./Farrington, David P.: »Effects of Closed-Circuit Television on Crime«, in: The Annals of the American Academy for Political and Social Sciences 587 (2003), S. 110-135.

44 | Vgl. Petermann, Thomas/Sauter, Arnold/Scherz, Constanze: »Biometrics at the Borders. The Challenges of a Political Technology«, in: International Review of Law, Computers & Technology 20 (2006), S. 149-166.

cherheitspolitik) eine gute Sozialpolitik ist; allerdings wird mit den Worten Hassemers »die ›gefühlte‹ Bedrohung, die Verbrechensfurcht der Wählerinnen und Wähler, [...] am Ende über die reale Kriminalpolitik entscheiden«.⁴⁵

Sicherheitsforschung ist deshalb auf nachvollziehbare und praktisch brauchbare Maßstäbe der Sicherheit angewiesen, die auf objektive und subjektive Indikatoren sowie vergleichende Untersuchungen und den sozialen und kulturellen Kontext zurückzugreifen hat. Erwartungen an die innere Sicherheit sind eingebettet in eine allgemeine soziale Sicherheit und deshalb theoretisch und empirisch abhängig von einem allgemeinen Sicherheitskonzept sowie von dem Vertrauen in die eigene und gesellschaftliche Fähigkeit, Risiken bewältigen zu können. Vertrauen beruht auf Akzeptanz und Legitimität, die individuell und gesellschaftlich hergestellt werden müssen. Dabei spielen die Verhältnismäßigkeit und die nachvollziehbare Balance zwischen Sicherheit und Freiheit eine entscheidende Rolle.

LITERATUR

- Albrecht, Hans-Jörg: »Stalking – Wissenschaftliche Perspektiven«, in: Weiß, Andrea (Hg.): *Stalking und häusliche Gewalt. Interdisziplinäre Aspekte und Interventionsmöglichkeiten*. Freiburg: Lambertus 2005, S. 12-38.
- Arnold, Harald: »Kriminalität, Visktimisierung, (Un-)Sicherheitsgefühl und Wohnzufriedenheit«, in: Kaiser, Günther (Hg.): *Kriminologische Forschung in den 90er Jahren*. Freiburg: Max-Planck 1993, S. 1-34.
- Boers, Klaus: »Furcht vor Gewaltkriminalität«, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden: Westadt. Verlag 2002, S. 1399-1422.
- Ders.: *Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems*. Pfaffenweiler: Centaurus 1991.
- Braithwaite, Valerie/Levi, Margaret (Hg.): *Trust and Governance*. New York: Sage 1998.
- Burke-White, William W.: »Human Rights and National Security. The Strategic Correlation.« in: *Harvard Human Rights Journal* 17 (2004), S. 249-280.
- Chen-Yu, Lin: *Öffentliche Videoüberwachung in den USA, Großbritannien und Deutschland. Ein Drei-Länder-Vergleich*. Göttingen: Vdm Verlaad Dr. Müller 2006, S. 106ff.
- Duffy, Bobby/Wake, Rhonda/Burrows, Tamara/Bremner, Pamela: »Closing the gaps – Crime and Public Perceptions«, in: *International Review of Law, Computers & Technology* 22 (2008), S. 17-44.
- Euler-Cook, Schura: »Verbrechenvorbeugung in Städten. Kulturvergleichende Reflexionen«, in: *Kriminalistik* 46 (1992), S. 563-568.

45 | Hassemer, Winfried: »Sicherheit durch Strafrecht«, in: *hrv-Strafrecht* 4/2006, S. 130-143.

- Farrall, Stephen/Gray, Emily/Jackson, Jonathan: Combining the New and Old Measures of the Fear of Crime. Exploring the ›Worried-Well‹. Experience & Expression in the Fear of Crime. Working Paper No. 4, 2006.
- Farrington, David P.: »Early Identification and Preventive Intervention: How Effective is this Strategy?«, in: Criminology and Public Policy 4 (2005), S. 237-248.
- Garland, David: The Culture of Control. Crime and Social Order in Contemporary Society. New York: Oxford University Press 2001.
- Gigerenzer, Gerd: »Out of the Frying Pan into the Fire: Behavioral Reactions to Terrorist Attacks«, in: Risk Analysis 26 (2006), S. 347-351.
- Hassemer, Winfried: »Sicherheit durch Strafrecht«, in: hrr-Strafrecht 4/2006, S. 130-143.
- Hempel, Leon/Töpfer, Eric: CCTV in Europe. Final Report, Urbaneye Working Paper Nr. 15, Berlin 2004.
- Hirtenlehner, Helmut: »Kriminalitätsfurcht – Ausdruck generalisierter Ängste und schwindender Gewissheiten? Untersuchung zur empirischen Bewährung der Generalisierungsthese in einer österreichischen Kommune«, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 58 (2006), S. 307-331.
- Hondrich, Karl Otto: Wieder Krieg. Frankfurt: Suhrkamp 2002.
- Jackson, Jonathan/Farrall, Stephen/Hough, Mike/Bradford, Ben: Public Insecurities About Crime. A Review of the British Research Literature. November 2008, <http://ssrn.com/abstract=1303610>
- Jasch, Michael: »Strafrecht im Dilemma zwischen Sicherheit und Freiheit«, in: Kriminologisches Journal 39 (2007), S. 203-213.
- Jenkins, Brian M.: Building an Army of Believers. Jihadist Radicalization and Recruitment. Washington: RAND 2007.
- Ders.: Defining the Role of a National Commission on the Prevention of Violent Radicalization and Homegrown Terrorism. Testimony Presented before the House Committee on Homeland Security, Subcommittee on Intelligence, Information Sharing, and Terrorism Risk Assessment. Washington: RAND 2007.
- Kafatou-Haeusermann, Maria: The Media-Crime Nexus Revisited. On the Re-Construction of Crime and Law-and-Order in Crime-Appeal Programming. Berlin: Max-Planck 2007.
- Katzenbach, Nicholas: The Challenge of Crime in a Free Society. A Report by the President's Commission on Law Enforcement and Administration of Justice. Washington: US Government 1967.
- Kaufmann, Franz-Xaver: Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. 2. Aufl., Stuttgart: Enke 1973.
- Ders.: »Normen und Institutionen als Mittel zur Bewältigung von Unsicherheit: Die Sicht der Soziologie«, in: Bayerische Rückversicherung (Hg.): Gesellschaft und Unsicherheit. Karlsruhe: Verlag Versicherungswirtschaft e.V. 1987, S. 37-48.

- Kinzig, Jörg: Die Legalbewährung gefährlicher Rückfalltäter. Freiburg: Duncker und Humboldt 2008.
- Krauß, Detlef: »Menschenrechte zwischen Freiheit und Sicherheit«, in: Sessar, Klaus (Hg.): Herrschaft und Verbrechen. Kontrolle der Gesellschaft durch Kriminalisierung und Exklusion. Berlin: LIT Verlag 2008, S. 49-69.
- Krug, Etienne G./Dahlberg, Linda L./Mercy, James A./Zwi, Anthony B./Lozano, Rafael: World Report on Violence and Health. Geneva: World Health Organization, 2002.
- Lee, Murray: Inventing fear of crime. Criminology and the Politics of Anxiety. Portland: Willian 2007.
- Lüdemann, Christian: »Kriminalitätsfurcht im urbanen Raum. Eine Mehrebenenanalyse zu individuellen und sozialräumlichen Determinanten verschiedener Dimensionen von Kriminalitätsfurcht«, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 58 (2006), S. 285-306.
- Maslow, Abraham H.: Motivation und Persönlichkeit. Olten: Walter 1977.
- Pehl, Dirk: Die Implementation der Rasterfahndung. Eine empirische Untersuchung zur Anwendung, Umsetzung und Wirkung der gesetzlichen Regelungen zur operativen Informationserhebung durch Rasterfahndung. Freiburg: Duncker und Humboldt 2008.
- Petermann, Thomas/Sauter, Arnold/Scherz, Constanze: »Biometrics at the Borders – the Challenges of a Political Technology«, in: International Review of Law, Computers & Technology 20 (2006), S. 149-166.
- Rebehn, Sven: »Das Grundrecht auf Sicherheit – ein politischer Trojaner. Gastkommentar«, in: Deutsche Richterzeitung 86 (2008), S. 247.
- Reuband, Karl-Heinz: »Kriminalität als Thema ostdeutscher Massenmedien vor und nach der Wende. Eine Analyse Dresdner Tageszeitungen 1988-1994«, in: Kriminologisches Journal 32 (2000), S. 43-55.
- Richter, Harald: Opfer krimineller Gewalttaten. Individuelle Folgen und ihre Verarbeitung. Mainz: Weisser Ring 1997.
- Schwandner-Sievers, Stephanie: »Humiliation and Reconciliation in Northern Albania. The Logics of Feuding in Symbolic and Diachronic Perspectives«, in: Elwert, Georg/Feuchtwang, Stephan/Neubert, Dieter (Hg.): Dynamics of Violence. Processes of Escalation and De-Escalation in Violent Group Conflicts. Berlin: Duncker und Humboldt 1999, S. 133-152.
- Skogan, Wesley: Disorder and Decline. Crime and the Spiral of Decay in American Neighborhoods. Berkeley, Los Angeles: Free. Pr. 1992.
- Smith, Brent: »A Look at Terrorist Behavior: How they Prepare, Where They Strike«, in: NIJ Journal 2008, Issue 260, S. 2-6.
- Stein, Bradley/Tanielian, Terri/Eisenman, David P./Keyser, Donna/Burnam, M. Audrey/Pincus, Harold A.: »Emotional and Behavioral Consequences of Bioterrorism. Planning a Public Health Response«, in: Milbank Quarterly 82 (2004), S. 413-455.
- Stephan, Egon: Die Stuttgarter Opferbefragung. Wiesbaden: BKA 1976.

- Unnever, James D./Cullen, Francis T./Fisher, Bonnie S.: »A Liberal Is Someone Who Has Not Been Mugged: Criminal Victimization and Political Beliefs«, in: *Justice Quarterly* 24 (2007), S. 309-334.
- Van Dijk, Jan/van Kesteren, John/Smit, Paul: *Criminal Victimization in International Perspective. Key Findings from the 2004-2005 ICVS and EU ICS*. Den Haag 2007.
- Welsh, Brandon C./Farrington, David P.: »Effects of Closed-Circuit Television on Crime«, in: *The Annals of the American Academy for Political and Social Sciences* 587 (2003), S. 110-135.
- Xie, Min/McDowall, David: »Escaping Crime. The Effects of Direct and Indirect Victimization on Moving«, in: *Criminology* 46 (2008), S. 809-840.
- Zaubermann, Renée: *Surveys on Victimization and Insecurity in Europe*. Guyancourt: CRIMPREV 2008.

